

**Zeitschrift:** Energieia : Newsletter des Bundesamtes für Energie  
**Herausgeber:** Bundesamt für Energie  
**Band:** - (2006)  
**Heft:** 6

**Artikel:** Auf der Suche nach der Quadratur des Kreises  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-640928>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



## Auf der Suche nach der Quadratur des Kreises

### INTERNET

CVP Schweiz; Energiepapier:  
[www.cvp.ch/upload/prj/document/OJSAWUVRWCW.pdf](http://www.cvp.ch/upload/prj/document/OJSAWUVRWCW.pdf)

FDP Schweiz; Positionspapier zur Energiepolitik:  
[www.fdp.ch/platform/content/element/57247/Energie\\_DEF\\_d.pdf](http://www.fdp.ch/platform/content/element/57247/Energie_DEF_d.pdf)

SP Schweiz; Resolution zur Schweizer Energiepolitik:  
[http://al.sp-ps.ch/data/Pospap-d/2005-11-12\\_energietagung\\_resolution-zum-atomausstieg.pdf](http://al.sp-ps.ch/data/Pospap-d/2005-11-12_energietagung_resolution-zum-atomausstieg.pdf)

SVP Schweiz; Positionspapier, Schweizer Strom aus Eigenproduktion:  
<http://www.svp.ch/file/060721-energiepapier-d.pdf>

Grüne Partei Schweiz; Energieperspektiven 2050:  
[www.gruene.ch/d/politik/pp/grundlagenpapier\\_energiepolitik\\_d.pdf](http://www.gruene.ch/d/politik/pp/grundlagenpapier_energiepolitik_d.pdf)

Der Schweiz steht ein intensiver – und wohl auch emotional geführter – Energiedialog ins Haus. Der Grundtenor bei den Bundesratsparteien ist einhellig: Erneuerbare Energien sollen stärker gefördert und die inländische Stromproduktion ausgebaut werden. Nicht überraschend scheiden sich die Geister an der Frage der Kernenergie. Während die Sozialdemokraten den Ausstieg proklamieren, wollen FDP und SVP bestehende Kernanlagen dereinst durch neue Anlagen ersetzen. Die CVP hält sich in dieser Frage bedeckt, sie legt ihre Karten noch nicht auf den Tisch.

In der Schweizer Energiepolitik werden die Weichen jetzt auf Zukunft gestellt: In der ersten Jahreshälfte 2007 präsentiert das Bundesamt für Energie (BFE) seine Energieperspektiven 2035. Sie bilden die Grundlage für die energiepolitische Debatte auf eidgenössischer Ebene. Im gleichen Zeitraum berät das Parlament abschliessend über die Vorlagen zur Gestaltung der Zukunft des Schweizer Strommarkts. Im Mittelpunkt stehen die geordnete Marktöffnung bis im Jahr 2012, die Erhöhung der Marktchancen der erneuerbaren Energien sowie die Rechts- und Versorgungssicherheit im internationalen Stromtransit. Letztere ist auch Gegenstand der bilateralen Verhandlungen über ein Stromabkommen zwischen der EU und der Schweiz.

### Noch viele offene Fragen

Vor diesem Hintergrund steht der Schweiz ein intensiver energiepolitischer Dialog ins Haus. Dies auch im Wissen, dass spätestens ab dem Jahr 2020 eine Versorgungslücke droht – wenn die Verträge zum Strombezug bei französischen Energieversorgern auslaufen und die drei ältesten Kernkraftwerke ans Ende ihrer Betriebsdauer gelangen. Im Zentrum der Diskussion stehen Fragen wie zum Beispiel: Wie setzt sich der Energiemix der Zukunft zusammen? Reicht das Potenzial der

erneuerbaren Energien aus, um die drohende Stromlücke zu schliessen? Sollen Gaskombi-Kraftwerke als Übergangslösung eingesetzt werden? Helfen neue Kernkraftwerke aus der Sackgasse? Welche Massnahmen zur Förderung der Energieeffizienz in Geräten, Gebäuden und im Bereich der Mobilität sind nötig, um den stetig steigenden Energieverbrauch zu bremsen? Und: Auf welcher Schiene fahren die vier Bundesratsparteien?

### FDP: Erneuerbare Energien und neue Kernkraftwerke

«Ein bisschen grün, ein bisschen nuklear», fasste der Tagesanzeiger den Inhalt des energiepolitischen Positionspapiers zusammen, das die FDP-Delegierten im Oktober verabschiedeten. Die Liberalen wollen die drohende Energielücke primär mit Wasserkraft, durch konsequente Förderung der erneuerbaren Energien und mit neuen Kernkraftwerken schliessen. Grosses Potenzial ortet die Partei in der Geothermie: «Wir sitzen auf einem Kachelofen. Wenn es möglich ist, Erdöl aus 7000 Meter Tiefe zu pumpen, muss man doch auch Erdwärme aus dieser Tiefe holen können», hielt der Luzerner FDP-Nationalrat Georges Theiler vor den Delegierten fest.

Die FDP bekennt sich zudem zu einer CO<sub>2</sub>-armen Stromproduktion. Aus diesem Grund

lehnt sie den Bau von Gaskombi-Kraftwerken in der Schweiz ab. «Die Klimapolitik ist der FDP sehr wichtig», liess die St. Galler Ständerätin Erika Forster an der Delegiertenversammlung verlauten. Anders als Gaskombi- würden Kernkraftwerke keine CO<sub>2</sub>-Emissionen verursachen. Die FDP fordert deshalb in ihrem Strategiepapier die Elektrizitätswirtschaft dazu auf, «die Projektierung eines neuen Kernkraftwerkes unverzüglich einzuleiten.»

### **SVP: Ausbau Wasserkraft und neue Kernkraftwerke**

Ins gleiche Horn stösst die SVP: Bereits im Juli verlangte die Partei, dass die Planung für neue Kernkraftwerke in der Schweiz unverzüglich aufzunehmen sei. Die SVP will die bestehenden Kraftwerke so lang betreiben,

**DASS KÜNFTIG AUCH IN DER SCHWEIZ DIE ENERGIEEFFIZIENZ STÄRKER GEFÖRDERT WERDEN MUSS, DIESE ERKENNTNIS HAT SICH IN DER PARTEIENLANDSCHAFT FAST ÜBERALL DURCHGESETZT.**

wie dies die Sicherheit ermöglicht, danach alle fünf Anlagen durch neue Werke ersetzen. Da neue Anlagen leistungsfähiger seien, könne auf diese Weise auch der bisher importierte Strom im Inland produziert werden. «Der schweizerische Strommix, bestehend vor allem aus Wasserkraft und Kernenergie, muss beibehalten und der Anteil der im Inland produzierten Elektrizität ausgebaut werden», äussert sich SVP-Vizepräsident Toni Brunner in den Medien.

Skeptisch ist die Partei gegenüber Gaskombi-Kraftwerken – diese seien wenig umweltfreundlich. Zudem stuft sie das Potenzial der erneuerbaren Energien nicht allzu gross ein und lehnt staatliche Lenkungs- und Fördermassnahmen sowie Subventionen im Energiebereich entschieden ab. «Die Politik muss nicht das Verhalten des Volkes oder der Wirtschaft ändern, sondern für genügend günstige Energie sorgen», tönt es aus der Parteizentrale.

### **CVP: Erneuerbar und umweltschonend**

«Mehr Markt, mehr Versorgungssicherheit, mehr Klimaschutz», lautet die Überschrift des Energiepapiers, das die CVP Schweiz im September 2004 publizierte. Darin bekennt sich die Partei zur Stärkung der Versorgungssicherheit in der Schweiz, dies vor allem

durch die Erhöhung der Stromproduktion im Inland und mittels der Förderung «erneuerbarer und umweltschonender Energien». Im Papier ist auch nachzulesen: «Die Diskussion über den Bau eines neuen Kernkraftwerks erachten wir als verfrüht.»

Im Spätherbst hat die CVP nun eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis zur Frühjahrsession ein neues energiepolitisches Positionspapier ausarbeiten soll. Mit Lösungsansätzen, «wie angesichts der absehbaren Versorgungslücke und der CO<sub>2</sub>-Problematik die Energiepolitik mittel- und längerfristig auszugestalten ist.»

Detail am Rande: Im November hat die Umwelt- und Energiekommission (UREK) des Ständerats beschlossen, die CO<sub>2</sub>-Abgabe

nur dann einzuführen, wenn der Ölpreis vor 2009 unter den Stand vom März 2005 fällt und dort sechs Monate lang verharrt. «Unter diesen Bedingungen dürfte die CO<sub>2</sub>-Abgabe zumindest bis 2012 nicht mehr kommen», kommentierte Kommissionsmitglied und SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga den Entscheid, des von der CUP mitgetragen wurde.

### **SP: Erneuerbare Energien und Ausstieg aus der Kernenergie**

Die Sozialdemokraten setzen indes auf das Potenzial der erneuerbaren Energien. Mit der Einspeisevergütung wollen sie ihnen zum Durchbruch verhelfen. Die erneuerbaren Energien sollen dereinst in der 2000-Watt Gesellschaft die Stromnachfrage zu Hundert Prozent decken. «In Deutschland, Dänemark, Spanien und Österreich, wo eine kostendeckende Vergütung für die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien in Kraft ist, legen solche Technologien jährlich mit zweistelligen Wachstumsraten zu», hält die SP im 2004 publizierten Positionspapier zur Energiepolitik fest.

In der SP-Hauszeitung *link.ch* doppelte kürzlich SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner nach. «Wir schwimmen in Europa in einem Ozean ungenutzter erneuerbarer Ressourcen.» Der

energiepolitische Vordenker der Linken betont: «Kombiniert man verschiedene Innovationen, auch in den Speichertechnologien, entsteht relativ rasch eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien, die von den Kosten und von der Sicherheit her günstiger ist, als neue Kernkraftwerke.» Im September haben die SP-Delegierten eine Resolution mit dem Titel «Atomkraftwerke sind Atomzeitbomben – erneuerbare Energien jetzt!» verabschiedet. Darin fordert die Partei «den vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie».

### **Energieeffizienz: Fast alle sind sich einig**

Dass künftig auch in der Schweiz die Energieeffizienz stärker gefördert werden muss, diese Erkenntnis hat sich bei den Bundesratsparteien fast überall durchgesetzt. So fordert Rudolf Rechsteiner in *link.ch* den Einsatz von besten Geräten, damit liessen sich nämlich «15 Prozent des Stromverbrauchs in der Schweiz einsparen». Die FDP hält in ihrem Energiestrategiepapier fest: «Eine erhöhte Energieeffizienz, das heisst mehr Leistung mit weniger Energie, muss ein Dauerziel sein.» Und CVP-Präsident Christoph Darbellay verkündet im November über den Pressedienst: «Wir müssen dringlich griffige Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Reduktion des Verbrauchs ergreifen.»

Nur die SVP drückt auf das Bremspedal. In einem kürzlich von der Parteizentrale publizierten Referat wird Toni Brunner wie folgt zitiert: «Es macht keinen Sinn, Unsummen von staatlichen Steuergeldern für die Senkung des Verbrauches in Zehntels Bereichen einzusetzen. Die SVP setzt deshalb auf die von der Wirtschaft erfolgreich umgesetzten, freiwilligen Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz.»

(rik)